Flüchtlingskosten

## Länder begnügen sich

Im Streit um die Finanzierung der Flüchtlingskosten gehen Bund und Länder aufeinander zu. Die Länder rücken von ihrer Forderung ab, dass der Bund ihnen die Hälfte der Kosten für Flüchtlinge, also rund zehn Milliarden Euro, erstattet. Die Chefs der Staatskanzleien signalisierten bei einem Treffen mit Kanzleramtsminister Peter Altmaier und Haushaltsstaatssekretär Werner Gatzer am vergangenen Mittwoch, dass sie sich mit vier Milliarden Euro begnügen. Im Gegenzug will der Bund den Ländern bei einigen Forderungen entgegenkommen. So sollen die Kosten für die Unterbringung von anerkannten Asylbewerbern künftig komplett aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Dafür sind dieses Jahr 400 Millionen Euro notwendig, nächstes Jahr 900 Millionen, 2018 dann 1,3 Milliarden Euro. Zudem zeigte sich Gatzer bereit, für minderjährige Flüchtlinge ohne Begleitung statt 350 Millionen Euro rund eine Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen. Außerdem will er den Ländern schon 2016 eine Milliarde Euro an Flüchtlingskosten erstatten, die eigentlich erst nächstes Jahr fällig würde. In der kommenden Woche wollen Kanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder den Streit endgültig beilegen. rei

FRANZISKA KRAUFMANN / DPA

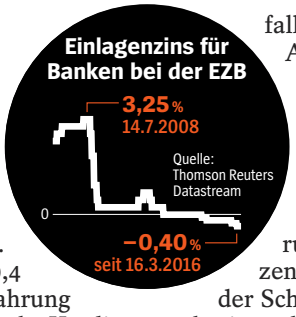
**Flüchtlingskinder bei Schwimmkurs in Böblingen**

BERND HARTUNG / AGENTUR FOCUS

Lufthansa

## Druck auf die Mitarbeiter

Lufthansa-Chef Carsten Spohr drängt in allen Teilen des Konzerns auf Einsparungen. Die Arbeitnehmervertreter von rund 2000 Mitarbeitern des Triebwerkbereichs von Lufthansa Technik in Hamburg sind dabei unter besonderen Druck geraten: Wenn sie nicht einwilligen, die Lohnkosten um 25 Prozent zu senken, will das Management einen großen Überholungsauftrag an einen Ableger im Ausland vergeben. „Das Vorgehen des Lufthansa-Konzerns bei LH Technik ist beispiellos“, kritisiert Ver.di-Verhandlungsführer Frank Hartstein. Ein Konzernsprecher entgegnet, der Auftrag könne sonst nicht kostendeckend abgewickelt werden. Deutlich weiter gediehen sind Pläne zur Streichung von mehreren Hundert Jobs in der Frachtsparte. Nach einem Beschluss des Aufsichtsrats vom Donnerstag sollen in den kommenden Jahren in der Verwaltung und Bodenabfertigung von Lufthansa Cargo mehr als 500 Arbeitsplätze wegfallen. Ein Großteil davon wird wohl über Abfindungsangebote oder Altersteilzeitverträge abgebaut, da langjährige Mitarbeiter dort weitgehend Kündigungsschutz genießen. did, gt

## Die Samstagsfrage Werden die Banken Bargeld horten?

Sind die Banken jetzt völlig übergeschnappt? Das könnte man meinen, wenn man hört, dass die Commerzbank und andere Institute erwägen, große Mengen Bargeld in Tresoren zu horten. Normalerweise erhalten Banken Kundeneinlagen und reichen auf der anderen Seite Kredite aus. Überschüssige Mittel parken die Kreditinstitute über Nacht bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und erhalten dort ebenfalls eine Verzinsung. Doch diesen Einlagenzins hat die EZB auf minus 0,4 Prozent gesenkt, die Banken müssen für die Verwahrung draufzahlen. Die EZB will sie dadurch bewegen, mehr Kredite zu vergeben. Die Geschäftsbank hat zwei Möglichkeiten, den Negativzins zu umgehen: Entweder sie verleiht tatsächlich mehr Geld – zu noch geringeren Zinsen als bisher –, oder sie hortet überschüssige Liquidität im Tresor. Mehr Kredite zu vergeben ist riskant, wenn man von einer negativen Wirtschaftsentwicklung ausgeht und das Risiko eines Kreditausfalls nur mit Minizinsen vergolten wird. Doch die Alternative „Tresor“ ist teuer: Für die Milliardenbeträge, um die es bei großen Instituten geht, müssten sie erhebliche Mittel für Tresore und Räume aufbringen, erst recht, weil der größte Geldschein, die 500-Euro-Note, von der EZB aus dem Verkehr gezogen wird. Hinzu kommen Ausgaben für Sicherheit, Transport und Versicherungsprämien. Bei einem Negativzins von 0,4 Prozent scheint sich der Aufwand nicht zu lohnen. In der Schweiz, wo der Einlagenzins bei minus 0,7 Prozent steht, ist es bislang nicht zu deutlich erhöhter Bargeldhaltung durch die Kreditinstitute gekommen. Banken könnten die Verluste ausgleichen, indem sie ihrerseits von ihren Kunden Zinsen auf Einlagen verlangen. Doch sie fürchten, Kunden zu verlieren. Folglich schrumpfen die Erträge der Banken aus dem Einlagengeschäft dramatisch. Das laute Nachdenken über Geldhortung ist wohl vor allem ein Notruf Richtung EZB. mhs